

## Aufruf

Einreichung von Interessenbekundungen zur Teilnahme von Kommunen am  
Forschungs-Praxis-Projekt

„Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittel-  
städten – sozialräumliche Integration, städtische  
Identität und gesellschaftliche Teilhabe“

Projektbearbeitung: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

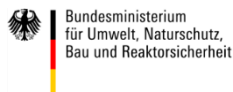
Laufzeit: Juli 2015 bis Juni 2018

Das Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.

Gefördert durch:



Fachliche Begleitung:



## **Interessenbekundung zur Teilnahme am**

### **Forschungs-Praxis-Projekt**

#### **„Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe“**

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) bearbeitet seit Juli 2015 das Forschungs-Praxis-Projekt „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe“. Kooperationspartner sind das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das Hessische Ministerium für Soziales und Integration, der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Gefördert wird das auf drei Jahre angelegte Projekt aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der EU, über Projektfördermittel des BAMF und das Förderprogramm „WIR“ des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration.

### **Ziele und Inhalte des Projekts**

Vor dem Hintergrund der Entwicklungstendenzen in den vom demografischen Wandel betroffenen ländlichen Regionen und den erkennbaren Funktionsverlusten der städtischen Zentren will das Projekt die Bedeutung von Zuwanderung für die städtische Entwicklung und den sozialen Zusammenhalt untersuchen und vorhandene integrationspolitische Ansätze weiterentwickeln. Das Projekt will die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten am gesellschaftlichen und politischen Leben stärken und ergründen, welchen Beitrag Zuwanderer zur Entwicklung der Innenstädte leisten und wie Akzeptanz- und Identifikationsprozesse verlaufen. Von der Verknüpfung integrations- und stadtentwicklungspolitischer Handlungsansätze durch Kommunalverwaltung und kommunale Politik werden positive Entwicklungsimpulse erwartet, die auch einen Beitrag zur Stabilisierung der Zentren in den Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raums leisten. Darüber hinaus geht es, vor allem für ostdeutsche Kommunen, um die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen zum Abbau von Diskriminierung und Alltagsrassismus und zur Erhöhung der Akzeptanz zugewanderter Bewohner sowie die Verbesserung des städtischen Images zur Gewinnung von Neuzuwanderern als Bewohner der städtischen Zentren.

### **Aktivierende Begleitforschung in acht Projektkommunen**

Das Forschungs-Praxis-Projekt ist als Kooperationsvorhaben mit einem aktivierenden Forschungsansatz angelegt. In das Projekt sollen bundesweit acht Kommunen einbezogen werden. In den ausgewählten Kommunen wird das Difu die Entwicklungsbedingungen und -tendenzen der Innenstadtbereiche, das nachbarschaftliche Zusammenleben in den Altstadtzentren und von Identitätsbildungsprozessen der Stadtgesellschaft untersuchen. Hierfür werden u.a. Gespräche mit Stadtverwaltung und Kommunalpolitik, Experteninterviews mit wichtigen Akteuren, Einzel- und Gruppengespräche mit Bewohnerinnen und Bewohnern der Altstadtbereiche, mit Wohneigentümern und lokalen Unternehmern zur Bewertung des Wohnens und Zusammenlebens sowie der Entwicklungsperspektiven und Handlungsbedarfe geführt.

In einem Zeitraum von etwa zwei Jahren sollen die teilnehmenden Kommunen Aktivitäten zur Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens (auch mit Blick auf Flüchtlinge) initiieren, begleiten und/oder durchführen. Das setzt voraus, dass die Kommunen einen öffentlichen Diskurs zur sozialräumlichen Integration und der Entwicklung der Innenstädte organisieren und gestalten. Ziel ist es, konkrete Projekte und Handlungsansätze zur Verbesserung der sozialräumlichen Integration sowie zur Entwicklung einer gemeinsamen städtischen Identität zu initiieren. Die konkreten Aktivitäten sollen an bestehende Strukturen und Netzwerke anknüpfen.

Das Difu wird die kommunalen Aktivitäten beratend begleiten und evaluieren. Im Ergebnis soll übertragbares Handlungs- und Orientierungswissen für die kommunalen Akteure gewonnen und Handlungsempfehlungen zur Verbesserung kommunaler integrationspolitischer Handlungsansätze und der Verknüpfung mit anderen strategischen Politikfeldern erarbeitet werden.

## **Nutzen und Vorteile der Projektbeteiligung für die Kommunen**

Die Projektteilnahme hat für die Kommunen eine Reihe von Vorteilen:

- Die Ergebnisse der Begleitforschung des Difu stehen den Städten für ihre weitere Arbeit zur Verfügung.
- Es werden konkrete Projekte initiiert, die das Projektanliegen befördern. Das Difu wird die Kommunen bei der Projektumsetzung beraten und unterstützend begleiten.
- Das Engagement der teilnehmenden Kommunen wird öffentlich gewürdigt und einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht. Hierfür sind die geplanten Veranstaltungen und Publikationen vorgesehen. Das Difu betreibt zudem eine projektbezogene Internetplattform für die Information und den Erfahrungsaustausch der Teilnehmer.
- Darüber hinaus organisiert das Difu Netzwerktreffen mit allen teilnehmenden Städten, die dem Erfahrungsaustausch und der Reflexion der Projektumsetzung dienen.
- Für Aktivitäten in den Städten stehen finanzielle Mittel zur Verfügung, z.B. für die Durchführung von Bürgerversammlungen, Workshops, Arbeitskreisen. Die Mittel sind gedacht für Referentenhonorare und Reisekosten, Werbematerialien (z.B. Plakate, Flyer) und Catering.

## **Voraussetzungen für die Teilnahme und Anforderungen an die Kommunen**

Kommunen, die ihr Interesse an der Projektteilnahme bekunden wollen, sollten folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Die Kommunen sollten eine Größe zwischen 10.000 und etwa 50.000 Einwohnern haben.
- Es werden insbesondere Kommunen berücksichtigt, deren Innenstadt durch einen hohen Altbauanteil geprägt ist und Funktionsverluste sowie Entwicklungsprobleme erkennbar sind.
- Der Anteil von Migrantinnen und Migranten sollte eine relevante Größe umfassen und eine Konzentration von Zuwanderern, vor allem Drittstaatenangehörige, in der Innenstadt vorhanden sein. Dies gilt in der Form nicht für Bewerberkommunen aus Ostdeutschland.
- Soweit die Unterbringung von Flüchtlingen in den Innenstadtbereichen erfolgt oder geplant ist, können alternativ oder ergänzend der Umgang, die Integration und das Zusammenleben mit Flüchtlingen in den Blick genommen werden.
- Es sollten in den Kommunen integrationspolitische Ansätze und Strukturen vorhanden sein, auf die das Projekt aufbauen kann. Es ist ein Anliegen jeder teilnehmenden Kommune, Integration aktiv zu fördern, den Dialog über Zuwanderung und Integration zu führen und Maßnahmen und Projekte auf den Weg zu bringen, die für die kommunale Gemeinschaft identitätsstiftend sind. Die teilnehmenden Städte sind bereit, einen Prozess zur Verbesserung der kommunalen Integrationspolitik im Zusammenspiel mit Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität der städtischen Zentren zu gestalten.
- Vorteilhaft ist die Teilnahme an laufenden Bundesprogrammen, die mittelbar Wirkungen auf die kommunalen Integrationsleistungen haben und an deren Strukturen das Projekt anknüpfen kann (z.B. ‚Soziale Stadt‘, ‚Aktive Stadt- und Ortsteilzentren‘, ‚Stadtumbau West‘, ‚Stadtumbau Ost‘).
- Die jeweiligen Städte beteiligen sich über den gesamten Zeitraum (November 2015 bis Mai 2018) an der Umsetzung des Projektes. Dazu gehört neben den Aktivitäten in der eigenen Kommune die Teilnahme an der Auftaktveranstaltung, an drei Netzwerktreffen, einem Workshop und an der Abschlusskonferenz. Reise- und Übernachtungskosten werden übernommen.

- **Die Auftaktveranstaltung wird am 26./27. November 2015 in Nürnberg (BAMF) stattfinden.** Bitte merken Sie sich diesen Termin vor. Vertreterinnen und Vertreter der ausgewählten Projektkommunen sollen an der Auftaktveranstaltung teilnehmen, ihre Kommune, zentrale Maßnahmen im Bereich Integration und Innenstadtentwicklung und ihre Motivation für die Teilnahme kurz vorstellen; **Reise- und Übernachtungskosten werden für bis zu drei Personen übernommen.**
- Voraussetzung ist die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Begleitforschung des Difu. Dazu gehören u.a. Unterstützungsleistungen bei den Vor-Ort-Erhebungen (z.B. Zurverfügungstellung vorhandener Strukturdaten, Untersuchungen, Konzepte und Leitlinien, Bereitschaft, an Interviews oder Gruppengesprächen teilzunehmen, d.h. Unterstützung der vorgesehenen Interviews einschließlich der Vermittlung von Interviewpartnern).
- Für das Projekt muss **eine qualifizierte Ansprechpartnerin/ein Ansprechpartner innerhalb der Verwaltung** benannt werden, die/der zeitliche Ressourcen hat, das Projekt zu begleiten und Aktivitäten vor Ort zu initiieren und zu unterstützen.
- **Nicht zuletzt: Verwaltung und Politik müssen das Projekt befürworten und das Anliegen des Projektes politisch vertreten.**

## Bewerbung

Die Bewerbung ist formlos einzureichen, es sollten hierbei folgende Punkte berücksichtigt werden:

- Kurzschilderung der kommunalen Situation (Einwohnerzahl und Einwohnerentwicklung, Ausländer- bzw. Migrantenanteil, bauliche, infrastrukturelle und soziale Situation der Innenstadt, wirtschaftliche Situation und Arbeitsmarkt, wichtigste Kennzeichen kommunaler Integrationspolitik, Teilnahme an Landes- und/oder Bundesprogrammen bezogen auf Integration und innerstädtische Entwicklung)
- Motivation für die Teilnahme.

Das Bewerbungsschreiben sollte von der Verwaltungsspitze unterzeichnet sein.

**Die Bewerbung ist bis spätestens 19. Oktober 2015 – per Post, Fax oder Email – entweder an den Deutschen Städte- und Gemeindebund (Herrn Mohn) oder das Deutsche Institut für Urbanistik (Frau Kirchhoff) zu richten:**

Deutscher Städte- und Gemeindebund  
Marienstr. 6, 12207 Berlin

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)  
Arbeitsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales  
Zimmerstr. 13 – 15, 10969 Berlin

Ulrich Mohn  
Tel. 030/773 07-246  
Fax 030/773 07-255  
ulrich.mohn@dstgb.de

Gudrun Kirchhoff  
Tel. 030/39001-192  
Fax 030/39001-269  
kirchhoff@difu.de

**Für Rückfragen und Beratung stehen zur Verfügung:**

Gudrun Kirchhoff (Difu)  
Tel. 030/39001-192  
kirchhoff@difu.de

Dr. Bettina Reimann (Difu)  
Tel. 030/39001-191  
reimann@difu.de

Berlin, 3. September 2015